

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 07/54. Jahrgang

Juli 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

## Todesfallen für Radfahrer bleiben

Wieder ist ein Radfahrer im Kreis Gießen von einem abbiegenden LKW überfahren worden und an den Folgen gestorben. Dieses Mal war es an der Kreuzung einer Bundesstraße mit einer Kreisstraße in der Nähe von Laubach. Die Fahrerin des LKWs, die Erdaushub von der Autobahnbaustelle der A49 in einen stillgelegten Steinbruch bei Gonterskirchen brachte, beruft sich darauf, dass sie wegen eines „Toten Winkels“ den Radler nicht sehen konnte.

Solche Unfälle passieren in Deutschland wöchentlich. Nach einem tödlichen Unfall in Gießen im vorigen Dezember gab es an der Unfallstelle eine Fahrraddemo, auf der gefordert wurde, alle Kreuzungen und Knoten in der Stadt durch geänderte Markierungen, Verkehrs-

führungen und Ampelschaltungen sicherer für Radfahrer zu machen. Die Forderung wurde von der Stadtverordneten Martina Lenartz (DKP) aufgegriffen und sie stellte einen entsprechenden Antrag an das Stadtparlament. Der Antrag wurde in dem dazu zuständigen Ausschuss mehrheitlich mit der Behauptung abgelehnt, entsprechende Maßnahmen seien längst erledigt oder in Arbeit.

Wer mit offenen Augen durch Gießen geht oder fährt, wird eines Besseren belehrt. Fast überall besteht die Gefahr weiterhin, auch an der Stelle, an der der Unfall im Dezember passierte, hat sich noch nichts geändert.

Interessant ist, dass ein ähnlicher Antrag bereits 2018 von der "Porsche-Partei" FDP gestellt

und fast einstimmig angenommen wurde. An einer Stelle (Kreuzung Frankfurter Straße/Klinikstraße) wurde die Änderung auch vorgenommen, sonst passierte wenig. Angeblich gab es einen Rechtsstreit bei der Auftragsvergabe, der die Umsetzung verzögerte. Aber auch nach dessen Klärung blieben die meisten Kreuzungen und Einmündungen lebensgefährlich für Radfahrer. Es wäre schlimm, wenn es noch mehr solcher Unfälle geben müsste, bevor alle Gefahrenstellen entschärft werden.

Gernot Linhart



**GEWERKSCHAFTEN  
IN DIE OFFENSIVE!**

**6.7.2023  
ab 19:00**

Über Möglichkeiten und Notwendigkeiten kämpferischer Gewerkschaftsarbeit sprechen:

- Ulf Immelt (Gewerkschaftssekretär)
- Orhan Akman (ver.di-Bundesvorstandskandidat)
- Tim Laumann (Postzusteller und UZ-Autor)



**SDAJ**

Versailles Zimmer,  
Kongresshalle Gießen

**DKP**

Weitere Informationen zur Veranstaltung auf S. 2

**Kurz und Gießen – Kall! Mei Drobbe!!!**

Schiffenberg, Standesamt, Schwanenteich,  
Schnellverurteilung von Kindern S. 2

**Keine Klimarettung** ohne internationale  
Zusammenarbeit, Abrüstung und Frieden S. 5

**Deutschland und Internationales** S. 6 / 7

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Gewerkschaften in die Offensive!

**Die Widersprüche** – so sagte einst Bert Brecht – **sind die Hoffnungen.** Die bundesdeutsche Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften befinden sich zum einen in einer lang andauernden Defensive, die Gewerkschaftsorganisation in einer tiefen Krise. Auf der anderen Seite treten Kolleginnen und Kollegen zu tausenden in die Gewerkschaft ein, wenn sie zum Kampf gerufen werden, kämpferische Orientierungen werden offener diskutiert.

- Vor welchen Aufgaben steht die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD?
- Wie ist die Krise zu überwinden?
- Was sind die Mittel dafür auf der Ebene der Tarifpolitik?
- Wie sehen kämpferische betriebliche Strategien aus?

Diese Fragen wollen wir diskutieren mit:



**Ulf Immelt, Gewerkschaftssekretär**

*"Im Windschatten von Krieg und Krise(n) findet eine massive Umverteilung von unten nach oben statt. Politisch wird dies von Angriffen auf das Streikrecht, Mitbestimmungs- und Arbeitsschutzrechte sowie Einschränkungen des Versammlungsrechts flankiert. Wie kann eine gewerkschaftliche Antwort auf diese Angriffe aussehen?"*



**Orhan Akman, Kandidat für den ver.di-Bundesvorstand**

*"Die diesjährigen Tarifrunden im Öffentlichen Dienst und bei der Post waren von hoher*

*Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen geprägt – allerdings wurden die Konflikte immer wieder vor ernsthaften Arbeitskämpfen beigelegt. Welche Lehren können wir für die nächsten Runden ziehen?"*



**Tim Laumann, Zusteller bei der Deutschen Post, Autor der UZ, DKP**

"Kämpferische betriebliche Strategien sind Grundlage und Ausdruck einer kämpferischen und klassenorientierten gewerkschaftlichen Orientierung. Wo sind hier Ansatzpunkte? Welche Bedeutung hat der „Kampf ums Teewasser“? Wie bauen wir gewerkschaftliche Strukturen auf?"

**Do. 6.7.2023 um 19 Uhr, Versailles-Zimmer, Kongresshalle**

## Kurz und Gießen

Kall,  
mei Drobbe!

### Touristisches Brachland trotz „Gießen Marketing GmbH“

Wer auf den „Gießener Hausberg“ Schiffenberg wandern möchte, hat es schwer. Kein Hinweisschilder, keine Wegbeschreibungen oder Karten lassen sich auf den Wegen finden.

Dabei kann man sich im Wegegeflecht leicht verirren. Zwar gibt die *Tourist-Information*, eine Abteilung der *Gießen Marketing GmbH*, einen „Kunstführer Schiffenberg“ heraus, den Weg zur Kunst verrät sie aber nicht.

### Standesamt behindertengerecht

Vor über drei Monaten stellte ein Gießener Bürger eine Anfrage an den Magistrat wegen eines behindertengerechten Zugangs zum Standesamt. Es ging um die Kosten der Machbarkeitsstudie und den

Baubeginn Ende 2023. Außerdem wurde gefragt, ob im Haushalt 2023 Finanzmittel dafür bereitgestellt wurden. Die Null-Antwort wirft kein gutes Licht auf den Zustand der Gießener Bürgerbeteiligung.

### Schwanenteich-Weg – Magistrat in Schockstarre

Das erfolgreiche Bürgerbegehren der Gießener Bevölkerung, die 80 Bäume am Schwanenteich nicht zu fällen, hat die politischen Verantwortlichen in rächendes

Nichtstun versetzt. Die wenigen Löcher werden nicht gekittet und der Weg bleibt gesperrt.

„Ätsch, das habt ihr davon“, wird sich Frau Weigel-Greilich denken.



### Bouffier fordert Schnellurteilung von Kindern und Jugendlichen

Statt sich für mehr Sozialarbeiter und intensivere, vorbeugende Jugendarbeit in der Stadt einzusetzen, fordert CDU-Landtagskandidat F. Bouffier etwas, das er als „Haus des Jugendrechts“ bezeichnet. „Zeitnah“ sollen dort „abgestimmte Maßnahmen“ durchgeführt werden. Bekannt ist noch, dass die CDU das funktionierende Jugendzentrum in Gießen in den 80er-Jahren aufgelöst und das Gebäude privatisiert hat. Offensichtlich geht es Bouffier nicht um die Jugendlichen, sondern darum, sich als Gießener Sheriff zu profilieren. Mario Berger

# Die Folgen der Jagd nach Fahrscheinlosen

„Information zu RE xy, planmäßige Abfahrt um zz Uhr, heute 25 Min. später. Grund dafür ist ein Polizeieinsatz im Zug.“ Viele werden eine solche Durchsage schon gehört

haben – am Bahnsteig sehnsüchtig wartend und bangend um spätere Anschlusszüge. Die Durchsage hört sich dramatisch an, doch fast immer steckt etwas ebenso Harmloses wie

Überflüssiges dahinter: Irgendwo ist ein Mensch ohne Fahrkarte aufgefallen – und dann schreiten Verkehrsbetriebe und Staatsmacht ein.

Dreimal habe ich das in den letzten Wochen in und um Gießen erlebt – auf der Main-Weser- und auf der Vogelsbergbahn. Immer wurde der Zug so gestoppt, dass sich die Verspätung durch Blockade der Gleise für folgende Züge fortsetzte, also der ganze Fahrplan gestört wurde. Hier wird ein Bagatelvergehen zum Drama aufgebauscht, während in dieser Welt tagtäglich, wenn es um Kapital- und Machtinteressen geht, die juristischen Augen zugedrückt werden – vom Gehwegparken über Betrügereien im Finanzsektor bis zu Angriffskriegen. Anders als bei solchen Delikten schädigt eine Person, die ohne Fahrkarte fährt und sich diese oft auch nicht leisten kann, niemanden. Dennoch werden Züge gestoppt, Fahrpläne geraten durcheinander, hunderte Unbeteiligte erleiden Nachteile. Der „erwischten“ Person drohen Geldstrafen, die mangels finanzieller Möglichkeiten zu Inhaftierungen führen oder gleich zu einer Haftstrafe. Und insgesamt wächst die Kälte in der Gesellschaft.

Wie erholsam wäre ein öffentlicher Nahverkehr, wenn endlich der Nulltarif eingeführt und das System der Fahrkarten, Kontrollen und des Einsperrens der Vergangenheit angehört? Die Jobs der Zugbegleiter\*innen sollten dabei erhalten bleiben. Statt Fahrgäste zu drangsalieren, hätten sie dann mehr Zeit für echten Service. In einem Zeitalter, in dem Züge ausfallen, weil Lokführer\*innen fehlen, ist es ohnehin ein Hohn, Arbeitszeit für die Jagd nach Menschen einzusetzen, die meist ohnehin benachteiligt sind und die einfach nur ausnutzen, dass eh gerade ein Zug fährt und dort noch Plätze frei sind. Mehr Service, mehr Menschen im ÖPNV und anderen sozialen Berufen (statt Auto- und Rüstungsindustrie) und den Nulltarif – das braucht die Welt!

Jörg Bergstedt



## Abgeschrieben

*"(...) Der treue Kunde muss also Geduld haben mit einer offensichtlich eher defizitären Infrastruktur. Umso befremdlicher mutet es an, wenn der RMV laut Medienberichten erneut eine Preiserhöhung um gut acht Prozent ankündigt. Trotzdem ist das noch das kleinere Problem. Viel schwieriger ist es, Massen täglicher Berufspendler davon zu überzeugen, vom Auto auf die Bahn umzusteigen.*

*Denn wer an seiner Arbeitsstelle keine Gleizeit hat, muss häufige Verspätungen in seinen Tagesplan einkalkulieren und entsprechend früher aufstehen. Statt ständig über Verbote und Regulierungen zu diskutieren, sollte es darum gehen, wie der ÖPNV nachhaltig attraktiver wird."*

Stephan Scholz  
Gießener Anzeiger, 17.06.2023

## 3000 Menschen in Gießen suchen bezahlbaren Wohnraum

Hier entstehen moderne Wohnungen

- Wohnflächen von ca. 78 - 100 m<sup>2</sup>
- Eine Wohnung pro Etage (schwellenfreie Ausführung)
- Hohe Energieeffizienz und Schallschutz
- Umfassende Quartiers-Angebote mit Carsharing, E-Mobilitätskonzepten
- Kaufpreis ab 452.000 €

0641 / 93 116 116  
@vertrieb@depant.de

PHILO SOPHEN HOHE

depant  
Bauträger GmbH & Co. KG

**Wohnungsbaupolitik für die Reichen**

Collage: M. Berger

# Aktionen der DKP Gießen

## Geburtstag von Che Guevara

Am 14.06. feierten wir mit über 50 Freund\*innen den 95. Geburtstag von Che Guevara im Chamäleon. „Seid vor allem immer fähig, jede Ungerechtigkeit gegen jeden Menschen an jedem Ort der Welt im Innersten zu fühlen. Das ist die schönste Eigenschaft eines Revolutionärs.“

Der Erlös der verkauften Mojitos und Cuba Libres und der versteigerten selbstgezeichneten Por-

traits von Che ergaben eine stolze Summe von 1.500,- Euro. Petra Wegener (Vorsitzende der Freundschafsgesellschaft BRD- Kuba e.V.) berichtete von der aktuellen Lage in Kuba und auch von der Kinderklinik „Rosa Luxemburgo“ in Cardenas. Da die DKP auf dem 25. Parteitag im März beschlossen hat, die Kinderklinik bei der Ausstattung mit moderner Technik zu unterstützen, wurde der Erlös bereits auf das



Konto überwiesen. Der Abend klang mit weiteren Beiträgen, kubanischer Musik und fröhlichen Unterhaltungen aus. M.L.

## Wochenendseminar in den Gedenkstätten Neue Bremm und Struthof

21 Interessierte von DKP, SDAJ, ARAG, KO und weiteren Freund\*innen fuhren am 17.06. nach Saarbrücken zur Gedenkstätte „Gestapolager Neue Bremm“. Axel Brück (DKP) führte die Gruppe über das Lager, das hauptsächlich als Arbeitslager verwendet wurde. Nach 1945 wurden das ganze Lager und viele Beweise vernichtet. Zur Krönung hat man auf dem Gelände des Frauenlagers 1975 ein Hotel errichtet. Erhalten ist noch der Löschteich, der zu grausamer Folter und Morden verwendet wurde.

Am Abend diskutierte die Gruppe in der Jugendherberge über die Machtübertragung an die Faschisten und ihre Unterstützer. So haben z. B. IG Farben das KZ Auschwitz mitfinanziert und die USA während des Krieges Deutschland mit Lieferung von Molybdän unterstützt, das unter anderem zur Herstellung von Treibstoff und hochfesten Stählen

benötigt wurde.

Am nächsten Morgen reiste die Gruppe nach Frankreich und besuchte die Gedenkstätte des KZ Natzweiler-Struthof. Auch hier ist inzwischen viel von dem verschwunden, das die Brutalität und das Grauen verdeutlichte.

Axel Brück hat viele Zeitzeugen kennenlernen dürfen und konnte deshalb die einzelnen Stationen sehr anschaulich beschreiben und mit wahren Begebenheiten ergänzen. Viele Täter wurden zwar nach dem Krieg angeklagt, aber die meis-

ten bekamen nur Haftstrafen, die in den 50er-Jahren weiter verkürzt wurden. Viele wurden aus der Haft entlassen und konnten teilweise wieder hohe Ämter in der BRD einnehmen.

Ein Wochenende mit vielen Eindrücken und dem klaren Auftrag, weiter gegen das Vergessen und das Wiedererstarken der Faschisten zu kämpfen. **„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“** (Max Horkheimer).

M.L.



## DKP Queer beim CSD in Gießen

Am 17. Juni fand auch in Gießen der Christopher Street Day (CSD) statt. Ein Tag, welcher sich mit den Rechten der Queeren Community beschäftigt und Öffentlichkeit für



ihre Themen schaffen soll. Die DKP queer wurde unter fadenscheinigen Gründen nicht zur Teilnahme am Ständemarkt zugelassen. Deshalb meldeten wir eine Kundgebung am Rand der Demo zusammen mit einem Infostand an. Wir kamen mit vielen Personen ins Gespräch. Die Neuauflage unseres Magazins Red&Queer sowie unsere Sticker fanden dankende Abnehmende. Tatsächlich kamen wir sogar mit

Personen ins Gespräch, die mit queeren Themen nichts anfangen konnten. Auch dafür ist solch ein Stand immer eine gute Gelegenheit. Der Auftakt der CSD-Saison war für die DKP queer ein voller Erfolg, an den wir hoffen auch in Zukunft anknüpfen zu können.

Weiteres Material auf unserer Instagramseite unter: @dkp.queer  
Thomas Knecht, DKP-queer

# Keine Klimarettung ohne internationale Zusammenarbeit, Abrüstung und Frieden

Aus Angst vor Folgen der Klimaerwärmung werden in vielen Ländern abertausende Menschen aktiv, gehen bei radikalen Aktionen ein hohes Risiko ein. Staaten lenken mit Verfolgung der Aktivisten von ihrem Versagen beim Klimaschutz ab. Die Forderungen der Bewegung sind hierzulande bescheiden: Neun-Euro-Ticket für alle, Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 km/h und ein Bürgerrat, der über die notwendigen Maßnahmen beraten soll. Selbst die Erfüllung dieser Forderungen hätte wenig Einfluss auf das Weltklima. Dieses könnte nur gerettet werden, wenn alle großen CO<sub>2</sub> – Produzenten die Klimarettung priorisieren würden.

Die NATO-Staaten verfolgen aber ein anderes Ziel: den Erhalt einer Ordnung, in der sie dem Rest der Welt ihre Regeln vorschreiben können. Dazu dient ihre Hochrüstung. **Mit nur 9% der Weltbevölkerung entfallen auf sie 60% der weltweiten Rüstungsausgaben.** Für

andere Länder muss dieser waffenstarrende Block wie ein furchterregendes Monster erscheinen. Das treibt die globalen Rüstungsausgaben in die Höhe.

Die für das Militär verschwendeten Ressourcen fehlen für Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels. Die Unterhaltung der Armeen und ihre Manöver verbrauchen Energie. **Beim Luftkriegsmanöver „Air-Defender“ der NATO wurden gerade tausende Tonnen Kerosin sinnlos verbrannt.**

Auch Wirtschaftssanktionen, die sich zu Wirtschaftskriegen auszuwachsen, sind schlecht für das Klima. Das mit wenig Energieaufwand per Pipeline aus Russland transportierte Erdgas und Erdöl wurde durch zum Teil sehr umweltschädigend geförderte Energieträger ersetzt. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Energieeinheit dürfte sich fast verdoppelt haben. Wenn Klimaschützer Aktionen gegen russisches Öl und Gas unternehmen und dafür Kohle sowie

Frackingöl und -gas in Kauf nehmen, erreichen sie das Gegenteil von dem, was sie wollen.

Die Bundesregierung will nun auch den Handel mit China beschränken, um Abhängigkeit zu verringern und die dortige wirtschaftliche Entwicklung zu bremsen. China ist aber führend in der Produktion und Erforschung von Fotovoltaik, Windkraftanlagen und leistungsstarken Batterien.

Oft wird argumentiert, es sei ein Fehler gewesen, in großem Maße Handel mit Russland und China zu treiben. **Nein, der Fehler ist, Handelspartner als Gegner zu betrachten, sie militärisch einzukreisen, ihre klar formulierten „Roten Linien“ nicht zu beachten und in ihren Nachbarstaaten feindliche Bestrebungen zu unterstützen.** Ein weltweites Sicherheitssystem, das zu Entspannung und Abrüstung führt, würde dem Klima mehr helfen als ein paar lokale CO<sub>2</sub>-Einsparungen. Gernot Linhart

## UZ – UNSERE ZEIT SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

- ... erklärt, wie der Imperialismus funktioniert und hilft, Gegenwehr zu entwickeln.
- ... ist solidarisch mit den Geflüchteten und nennt die Fluchtverursacher beim Namen.
- ... beteiligt sich in antifaschistischer Tradition am Kampf gegen alte und neue Nazis.
- ... informiert über Diskussionen in den Gewerkschaften und in der linken Bewegung.



**JETZT SECHS WOCHEN GRATIS PROBELESEN**

**Jetzt 6 Wochen gratis probelesen!**

Das Abo ist gratis und endet automatisch.

Email: [abo@unsere-zeit.de](mailto:abo@unsere-zeit.de)

Tel.: 0201 - 177889-23

Im Internet: <https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

## Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verw. Gernot Linhart, erscheint monatlich.

**Bezugsgebühren:** 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

**Konto:** IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

**Rückmeldungen + Leserbriefe an:** Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)

**Bitte Abogebühren bezahlen!**

**Da die Druckkosten innerhalb eines Jahres um 28,3 % gestiegen sind, benötigen wir Spenden, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können.**

# NATO-Kriegsmanöver – Klimakiller

Am 12. Juni begann das NATO-Manöver „Air Defender“, an dem 10.000 Soldaten aus 25 Nationen und 250 Militärflugzeuge teilnahmen, darunter auch atomwaffenfähige Tarnkappenbomber. Dieses Manöver ist das größte in der Geschichte der NATO, es spitzt die reale Weltkriegsgefahr zu, in und über Deutschland wird der Dritte Weltkrieg geprobt.

Gleichzeitig eskaliert der Krieg in der Ukraine, der laut Generalsekretär Stoltenberg 2014 begann und dem bis zum Februar 2022 durch die Bombenangriffe Kiews auf die Ostukraine 14.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Seit der Militäraktion Russlands ist nicht nur die Zahl der zivilen Opfer weiter gestiegen. Die Zahl der bisher im Krieg der NATO gegen Russland gefallenen ukrainischen Soldaten wird

nur geschätzt: Robert F. Kennedy Jr., der zur US-Präsidentschaft kandidieren will, sprach von 350.000, Ursula von der Leyen vor ein paar Wochen von 200.000.

Inzwischen bemühen sich Länder wie Brasilien, Südafrika und China um Waffenstillstand und Verhandlungen, ebenso namhafte Militärs der BRD und der USA; das Manifest von Wagenknecht und Schwarzer wurde mehr als 820.000mal unterzeichnet. Aber Kiew und London blocken ab – und Berlin schweigt dazu.

Und der Krieg geht weiter, auch mit deutschen Waffen aller Art, mit deutschem Geld, deutscher Ausbildung... Auch wenn Scholz beteuert, dass Deutschland nicht Kriegspartei sei (Baerbock ist da ehrlicher), wird es eine Frage der Zeit sein, bis Russland, dessen eigenes Territo-

rium jetzt auch mit NATO-Drohnen angegriffen wird, dies anders sehen wird.

Vorangetrieben wird diese Kriegspolitik wieder von den Grünen, die auch im völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien mit J. Fischer die größten Hetzer waren. Sie haben nicht nur Russland im Visier (Baerbock will es „ruinieren“), sondern („am grünen Wesen...“) positionieren sich auch schon gegen China, indem die Außenministerin sich ungefragt demonstrativ mit Taiwan solidarisiert.

Wie sich die einstige „Friedenspartei“ als Kriegstreiber entlarvt, so duldet die „Umwertpartei“ die schlimmsten Klimakiller, indem sie wie alle anderen über die größten Umweltfrevel schweigt. Schon in normalen Zeiten ist das Militär CO<sub>2</sub>-Haupt-Produzent, allein die US-Army erzeugt mehr Treibhausgase als ganze Staaten wie Belgien oder Dänemark.

Die Klimaschäden des NATO-Großmanövers und des Ukraine-Kriegs – von denen niemand redet – führen alle Bemühungen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung ad absurdum. Würden die Grünen samt Bundesregierung sich für Frieden, Verhandlungen und Abrüstung einsetzen, könnte Habeck sein Wärmepumpen-Diktat und andere Drangsalierungen vergessen.

Erika Beltz



## Die Rolle der AfD in Deutschland

Nach einer Wahlprognose vom 20.06.2023 käme die AfD bei der Bundestagswahl auf 19,2%. Und das, obwohl die bürgerlichen Medien alles versuchen, die AfD zu diskreditieren. Aber es nützt nichts.

Die Politik (Gesundheit, Krieg, Klima) der Ampel geht zu Lasten der Masse der Bevölkerung. Im Kapitalismus geht das nicht anders, denn das Kapital braucht seine Profite. Das Vertrauen der Leute in die bürgerliche Politik schwindet und sie suchen eine Alternative. Dabei geht es nicht nur um die AfD.

Mit dem Ende des Kalten Krieges haben die herrschenden Klassen in allen westlichen Ländern den Klassenkampf von oben intensiviert. Der Sozialstaat wird abgebaut und

privatisiert. Eine Militarisierung der Außen- und Innenpolitik wird vorangetrieben. Natürlich bestand bei dieser Politik immer die Gefahr von sozialen Unruhen. Zunächst fanden die Unzufriedenen gerade im Osten in der PDS/Linkspartei eine Partei, die scheinbar ihre Interessen vertrat. Das war ein Risiko für die Herrschenden, gab es doch innerhalb dieser Partei marxistische und kommunistische Kräfte. Es kam zu einer Doppelstrategie: Die Linkspartei sollte integriert werden und gleichzeitig sollte es für die Unzufriedenen eine rechte Alternative geben. Diese ermöglicht es der herrschenden Politik, immer weiter nach rechts zu wandern und so zu tun, als ob alles „alternativlos“ sei.

Der Staatsapparat, die etablierten

Parteien und die Medien unterstützen die AfD aus diesem Grund zunächst gezielt. Sie haben das ausländerfeindliche, nationalistische und militaristische Klima geschürt.

Nicht nur in Deutschland fruchtet diese Strategie: In Frankreich wurde das rechtsextreme *Rassemblement National* in den letzten beiden Präsidentschaftswahlen zweitstärkste Partei. In Italien stellen die Nachfolger Mussolinis, die *Fratelli d'Italia*, seit drei Monaten die Ministerpräsidentin. Auch in zahlreichen kleineren europäischen Ländern – Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland u. a. – waren oder sind rechtsextreme Parteien an der Regierung beteiligt.

Henning Mächerle

# Schöne uigurische Tradition

In eigentlich unpolitischen Fernsehsendungen erhält man manchmal nützliche Informationen. Eine Arte-Reihe mit dem Titel „Straße der Achttausender“ berichtete über die Reise eines Filmteams rund um den Himalaja. Eine Station war ein von Uiguren bewohntes Gebiet in Pakistan. Dem Team fiel auf, dass es während ihres Aufenthalts keine Frau und kein Mädchen zu sehen bekam. Auf Nachfragen sagten ihre

Gastgeber, das sei bei ihnen so üblich. Frauen und Mädchen gehörten ins Haus und in die Familie, Ausbildung oder gar Berufstätigkeit kämen nicht in Frage – das sei ihre Tradition und das würde auch in Zukunft so bleiben.

Von den Uiguren, die in der Volksrepublik China leben, kann so eine frauenfeindliche Tradition nicht beibehalten werden, auch für diese Ethnie gelten die Gesetze zur

Gleichstellung von Frauen. Westliche Menschenrechtler nennen so einen von China geforderten Bruch mit Traditionen „kulturelles Genozid“. Wenn in der Volksrepublik uigurische Frauen berufstätig sind, kann das nach westlicher Lesart nur Zwangsarbeit sein. Freiwillige Berufstätigkeit würden traditionsbewusste Männer nie zulassen.

Gernot Linhart

## Leserbrief: Schiffbrüchige erster und letzter Klasse

Diese zeigt sich bei der Berichterstattung über das verschollene U-Boot. Ein Tauchboot mit fünf wohlhabenden Menschen versinkt im Atlantik und eine Armada von Hilfskräften und Schiffen wird zu deren Rettung losgeschickt. Währenddessen ertrinken im Mittelmeer viele hunderte Menschen, die versuchen, in minder-

wertigen Schlauchbooten das Meer zu überqueren, um so vor Hunger, Krieg und Armut zu flüchten. Von diesen Menschen sind nicht einmal die Namen bekannt und es werden nur wenige Anstrengungen unternommen, sie vor dem Ertrinken zu retten. – Wie kann das sein?

Uwe Moldenhauer

### An Rettungsaktion beteiligt:

- Marine 
- Küstenwache 
- Nationalgarde 
- Küstenwache 
- Meeresforschungsinstitut 



### An Rettungsaktion beteiligt:



Bilder: extra 3

extra 3

## Ukraine – Der Westen wird deutlich

Am 12. Juni trafen sich Vertreter der Länder des Weimarer Dreiecks (Polen, Frankreich, Deutschland) in Paris. Ungewöhnlich deutlich wurden die Kriegsziele des Westens benannt.

Natürlich wird jetzt so getan, als ob die Invasion einen völlig unprovokierten Akt der Aggression durch Russland darstellt. Kein Wort davon, dass der UdSSR versprochen wurde, die NATO würde sich nicht nach Osten ausdehnen. Auch wenn der Westen immer wieder das Völkerrecht im Munde führt, bricht er es immer wieder: Bombardierung Belgrads 1999, Krieg gegen den Irak 2003, Krieg gegen Libyen 2011, Krieg in Afghanistan ab 2001, ca. 10.000 Tote durch den unerklärten Drohnenkrieg der USA.

Die unerbittliche Kriegsführung der Vereinigten Staaten führt logischerweise dazu, dass Russland die Erweiterung der NATO mit Sorge betrachtet. Auch die Russen haben Zbigniew Brzezinski (führender US-Geostratege) gelesen. Er definiert die Vorherrschaft der USA in Eurasien als ein entscheidendes strategisches Ziel. Ein weiteres Ziel ist die Degradierung Russlands zur Regionalmacht. Dazu muss ein unüberbrückbarer Graben zwischen Russland und der Ukraine gezogen werden. Das zuverlässigste Mittel dazu ist Krieg.

Der Dreier-Gipfel von Duda, Scholz und Macron fordert die weitere Eskalation des Krieges mit Russland, die Aufnahme der Ukraine in die NATO und die dauer-

hafte Entmilitarisierung Russlands. Soweit ist alles im Einklang mit den USA. Aber Scholz sieht die Zeichen der Zukunft, auch die Interessen der EU und der USA werden auf Dauer nicht gleich sein. Er fordert: „Die Zeitenwende, die Russlands Krieg darstellt, hat auch Konsequenzen für uns in Europa und für die EU. Wir werden ein noch einigeres, noch stärkeres und noch souveräneres geopolitisches Europa schaffen.“ Der polnische Staatspräsident ist ehrlich und spielte hier die Rolle des rabiatesten Kriegstreibers: Er definierte die EU als Bündnis zur Zerschlagung Russlands. Er macht deutlich, dass dies auch den Einsatz von Atomwaffen bedeuten könnte und nimmt das billigend in Kauf.

Henning Mächerle

# Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** erschien das Echo mit einer Schlagzeile, die auch heute aktuell ist: "Teuerungszulage nötig!"

Es gab erhebliche Preissteigerungen, gleichzeitig stiegen die Gewinne der Unternehmer. In mehreren Gießener Betrieben machten die Beschäftigten Druck, bundesweit kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen. In vielen Fällen hatten die Kämpfe

Erfolg, in Gießen zuerst bei der Firma Heyco.

Vor **40 Jahren** wollte der CDU-Magistrat die Kongresshalle an die Hotelkette *Holiday Inn* verkaufen. Der Konzern wollte im Innenhof einen 11-stöckigen Bettenturm bauen und ein Kongresshotel eröffnen. Für 2,3 Mio. Euro wollte die CDU die 20 Jahre alte Anlage verschleudern. Ein für das Hotel notwendiges Parkhaus wollte die Stadt auf eigene Kosten errichten. Dieses miserable Geschäft stieß in der Stadtgesellschaft auf heftigen Widerstand. Der Verkauf kam nicht zustande.

Vor **30 Jahren** gab es bei heißem Wetter oft „Ozonalarm“. Durch die vor allem von Kraftfahrzeugen ausgestoßenen Stickoxide entstand aus Sauerstoff das aggressive Gas Ozon,

das bei Menschen die Atemorgane reizt. Von Sport im Freien wurde abgeraten. Durch Einführung von Grenzwerten für Abgase hat sich die Lage inzwischen verbessert, die aktuelle Ozonkonzentration wird nicht mehr öffentlich bekannt gegeben.

Vor **20 Jahren** vollzog die SPD/Grüne-Regierung gemeinsam mit der CDU/FDP-Opposition eine „Gesundheitsreform“. Die Gesundheitsversorgung wurde schlechter und für die Bürger teurer. CDU-Politiker forderten, für Menschen über 75 Jahre teure Leistungen, die das Leben verlängern, nicht mehr zu finanzieren. Einige verwendeten den Begriff „sozialverträgliches Frühableben“.

Vor **10 Jahren** erfuhr der Stadtverordnete Michael Beltz (DKP) nach einer Anfrage, dass die Stadtwerke im Vorjahr 1.127 Stromsperrungen veranlasst hatten. Stromsperrungen für Privathaushalte sind extrem belastend und für die Betroffenen teuer. Die DKP fordert seit langem ein Ende solcher Maßnahmen. Leider wird auch mit einem Sozialdezernenten von der Gießener Linken bis jetzt nicht damit Schluss gemacht.



Gernot Linhart

Gernot Linhart

# Kein Geld für Kinder, Schulen, Pflege... – Milliarden für Konzerne

Der US-Konzern *Intel* will in Magdeburg eine Fabrik zur Produktion von Mikrochips bauen. Von der deutschen Bundesregierung erhält er einen Zuschuss von 10 Mrd. Euro. Andere Konzerne wie *Infineon* und *Wolfspeed* bauen in anderen Bundesländern und erhalten ebenfalls Zuschüsse in Höhe mehrerer Milliarden Euro, jeweils etwa 40% der Kosten. Pro entstehendem Arbeitsplatz sind das 3 Mio. Euro. Dass diese Produzenten jemals Gewinnsteuern in Deutschland abführen werden, ist unwahrscheinlich. Als international tätige Akteure haben sie die Möglichkeit, Profite weltweit zu verschieben und zu verschleiern. *Intel* z. B. weist in seiner Jahresbilanz einen Verlust von 2,8 Mrd. Euro aus. Wer soll das glauben?

Das Geld kommt aus einem Klima- und Transformationsfonds. So deutlich wird selten, in welchem Umfang sich Konzerne aus der Staatskasse bedienen. Wenn es um Geld geht, das den Menschen hier im Lande zu Gute käme, z. B. für eine Kindergrundsicherung, dann heißt es regelmäßig: Die Kassen sind leer.

# Klimakampf heißt Klassenkampf



Die Klimakrise ist mittlerweile zu einer existenziellen Bedrohung für den Menschen geworden. Doch bedeutet das etwa, dass die Klimakrise

keinen Klassencharakter hat? Ist sie wie ein riesiger Meteor, der aus dem Weltall auf die Erde zufliegt, eine klassenunabhängige Bedrohung, für die sowohl keine Klasse verantwortlich als auch alle gesellschaftlichen Klassen gleichermaßen ein Interesse an ihrer Bekämpfung haben? Welche Menschen profitieren möglicherweise von der Klimakrise und stellen sich deshalb effektiven Klimaschutzmaßnahmen in den Weg? Und kann es so etwas wie einen „grünen Kapitalismus“ geben, wie ihn einzelne Kapitalfraktionen immer wieder fordern und versprechen?

Diese und weitere Fragen werden im Rahmen des Vortrags „Klimakampf heißt Klassenkampf!“ von Fabian Lehr behandelt.



## Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Do. 6.7.2023 um 19 Uhr:**  
Gewerkschaften in die Offensive!  
Mit Orhan Akman, Ulf Immelt und weiteren; Versailles-Zimmer, Kongresshalle (Siehe Seite 2)

**Mi. 12.7.2023 um 19 Uhr:**  
Gruppenabend / MV DKP GI,  
Winchester-Zi., Kongresshalle

**Fr. 14.7.2023 um 18 Uhr:**  
Klimakampf heißt Klassenkampf;  
Vortrag von Fabian Lehr;  
Kongresshalle; siehe rechts

**Fr. 21.7.2023 um 19 Uhr:**  
Stammtisch im Chamäleon

**Mi. 26.7.2023:**  
Redaktionsschluss August-Echo

**Sa. 9.9.2023 ab 15 Uhr:**  
Revolutionäres Sommerfest der  
DKP Gießen, Nähe von Buseck